

*Ausgrenzung, Verfolgung und Vertreibung
von Wissenschaftlern am Kunsthistorischen Institut
der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin
in der Zeit des Nationalsozialismus*

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und angesichts der biografischen Erfahrungen in der kommunistischen Diktatur ist Wissenschaftsgeschichte – und darin die Geschichte von Institutionen und Personen – weniger unbefangen zu schreiben denn je. Die Erinnerung daran, wie widersprüchlich Biografien verlaufen und wie sehr sie von den politisch-ideologischen und sozialen Rahmenbedingungen bestimmt werden, macht das Urteil über Personen und ihre Qualifizierung als ›Mitläufer‹, ›Täter‹, ›Verweigerer‹ oder ›Widerständler‹ im Nationalsozialismus gerade für die schwer, die eine zweite und andere Diktatur erlebt haben. Aber deshalb darf »einfühlende Historisierung«¹ nicht dazu führen, die Unterschiede zwischen Anpassung und Widerstand, Wohlverhalten und erlittenem Leid zu verwischen und damit verfolgten und vertriebenen Wissenschaftlern neues Unrecht zuzufügen (Abb. 1).

Auch 65 Jahre nach dem Ende des nationalsozialistischen Staats sind die Systematik und Geschwindigkeit, mit der die Nationalsozialisten sich die Wissenschaft und die Universitäten unterwarfen, den Austausch des wissenschaftlichen Personals und die Entfernung insbesondere jüdischer Professoren betrieben haben, frappierend und erschreckend zugleich. Es war ein geradezu bestürzendes Tempo in dem politische Willkür, in ein juristisches Gewand gekleidet, in Gesetze und Verordnungen übersetzt und verwirklicht wurde! Schon am 7. April 1933 trat das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« in Kraft, das ermöglichte, »rassisch«, politisch und wissenschaftlich unerwünschte Beamte zu entlassen und sie durch politisch konforme Wissenschaftler, die der NSDAP angehörten oder ihr nahe standen, zu ersetzen.² Nach diesem ersten Schritt wurde am 1. Mai 1934 die Zuständigkeit für die Universitäten (und deren Personalpolitik), die in der Weimarer Republik bei den Länderministerien lag, zentralisiert und auf das Reichs- und Preußische Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unter Leitung von Bernhard Rust übertragen. Dieser zweite Schritt diente der

1 Schöttler 2000, S. 39.

2 Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, in: RGBl. (1933), Teil 1. Generell zur Gesetzgebung Fijal 1994.



1 Karl Biedermann, *Der verlassene Raum*, Denkmal für das Wirken der Juden in Berlin, Bronze, Höhe 110 cm, 1996 (Berlin-Mitte, Koppenplatz).

Zerstörung der Autonomie der Hochschulen und der Durchsetzung des Führerprinzips auch in der Wissenschaft. Dem gleichen Muster folgte der schrittweise Aufbau nationalsozialistischer Organisationen der Studentenschaft und der Dozenten zwischen 1933 und 1938, deren Einfluss auf Universitätsentscheidungen systematisch gestärkt wurde.

1935 trug ein weiteres Gesetz dazu bei, Lehrende an den Hochschulen willkürlich und kurzfristig auszutauschen oder zu entlassen: Am 21. Januar 1935 trat das »Gesetz über die Entpflichtung und Versetzung von Hochschullehrern aus Anlass des Neuaufbaus des deutschen Hochschulwesens« in Kraft.³ Ohne Angabe von Gründen konnte eine Versetzung in ein anderes Amt oder in den Ruhestand durch das Reichserziehungsministerium verfügt werden. Durch dieses Gesetz ist 1935 die Neubesetzung einiger wichtiger kunsthistorischer Lehrstühle möglich geworden. Der Berliner Ordinarius Albert Erich Brinckmann wurde nach Frankfurt am Main versetzt, Hans Jantzen von Frankfurt nach München und Wilhelm Pinder von München nach Berlin.⁴

3 Gesetz über die Entpflichtung und Versetzung von Hochschullehrern aus Anlaß des Neuaufbaus des deutschen Hochschulwesens vom 21. Januar 1935, in: RGBl. (1939), Teil 1, S. 23/24: § 3: »Die beamteten Hochschullehrer des deutschen Reiches können auf einen ihrem Fachgebiet entsprechenden Lehrstuhl einer anderen deutschen Hochschule versetzt werden, wenn es das Reichsinteresse im Hinblick auf den Neuaufbau des deutschen Hochschulwesens erfordern.«

4 Vgl. Arend 2001, S. 44–45; Arend 2003, S. 133, Anm. 10.



2 Werner Weisbach.

Das nächste folgenschwere Gesetz war das »Reichsbürgergesetz«, das am 15. September 1935 wirksam wurde und diejenigen von ihren Arbeitsstellen vertrieb, die bis dahin wegen einer Ausnahmeregelung (z.B. Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg oder Teilnahme in einem Freikorps) noch weiter im universitären oder öffentlichen Bereich tätig sein durften.⁵ Die Auswahl oder »Auslese« neuer Hochschullehrer und Universitätsmitarbeiter wurde immer mehr der Universität selbst entzogen und den staatlichen Stellen, vor allem dem Reichserziehungsministerium unterstellt – mit dem Ziel, die Universität personell und inhaltlich vollständig der nationalsozialistischen Ideologie zu unterwerfen. Diesem Ziel diente auch eine neue Habilitationsordnung (1934, novelliert 1938 und 1939) und eine neue Reichsassistentenordnung (1935, modifiziert 1940).⁶ Dies war der gesetzliche und politische Rahmen, innerhalb dessen sich die Entwicklung des Kunstgeschichtlichen Instituts der Berliner Universität vollzog, die die einen als Täter und Mitläufer exekutierten und die anderen als Opfer erlitten. Schon das Gesetz über das Berufsbeamtentum vom April 1933 erzielte unmittelbare Wirkung. Werner Weisbach (1873–1953) (Abb. 2) und der Raffael-Forscher Oskar Fischel (1870–1939) waren von dieser

5 Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935, in: RGBl. (1935), Teil 1, S. 1146/1147: § 2 Ziff. 1: »Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, dass er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen.«

6 Nach Schaeff 2003, S. 29, bes. Anm. 136.

Regelung betroffen. Weisbach beschreibt in seinen Erinnerungen »Geist und Gewalt« seine Sorge über seine weitere berufliche Zukunft am Kunstgeschichtlichen Institut.⁷ Er hatte 1896 bei August Schmarsow über den »Meister des Bergmannschen Offizin und Albrecht Dürers Beziehung zur Basler Buchillustration« in Leipzig promoviert, und 1903 bei Wölfflin über »Francesco Pesellino und die Romantik der Renaissance« habilitiert. Er las bereits 1904 als Privatdozent über die damals noch sehr unterschiedlich beurteilte impressionistische Malerei. Ebenso beschäftigte er sich mit der Gegenwartskunst und war ein Freund Walter Leistikows. Schon 1904 hatte er einen Aufsatz über Käthe Kollwitz veröffentlicht und 1912 beteiligte er sich an der Gründung eines städtebaulich-sozialpolitischen Ausschusses für Groß-Berlin. 1921 erschien sein Buch über den »Barock als Kunst der Gegenreformation«. Hier wie auch in seinem später im Exil geschriebenen Buch »Religiöse Reform und mittelalterliche Kunst« zeigt sich am deutlichsten sein Forscherinteresse, geistesgeschichtliche Strömungen mit künstlerischen Entwicklungen in Zusammenhang zu bringen.⁸

Den politisch aufmerksamen Beobachter und sensiblen Intellektuellen erreichten bereits im April 1933 während eines Studienaufenthaltes in Florenz Nachrichten über antijüdische Boykottmaßnahmen.⁹ Am 1. April durften Juden ihre Wohnungen nicht verlassen und jüdische Läden, Büros, Arztpraxen, Rechtsanwaltskanzleien u. a. m. mussten geschlossen bleiben. Weisbach kehrte äußerst beunruhigt nach Berlin zurück voller Ungewissheit, ob er die Vorlesung im Sommersemester 1933 noch werde halten können. Kurz vor Semesterbeginn traf das Verbot tatsächlich ein. Weisbach beschrieb später die unterschiedlichen Reaktionen von Kollegen und Schülern darauf, die einerseits Empörung und Mitgefühl bezeugten, andererseits aber auch Gleichgültigkeit und Zustimmung signalisierten. Die Äußerung eines ihm »nahe stehenden« Schülers machte ihm den schnellen Sinneswandel mancher Universitätsangehörigen und Bekannten deutlich: »(...) man müsse sich den Tatsachen, wie sie nun einmal geworden seien, anpassen, ohne auf Verhältnisse und Überzeugungen, die einer durch den Umbruch beendigten Epoche angehörten, Rücksicht nehmen zu können.«¹⁰ Weisbach betrachtete ebenso kritisch und verbittert das Verhalten des Goldschmidt-Nachfolgers auf dem Lehrstuhl des Instituts. »A. E. Brinckmann, der bisher niemals aus seiner liberalen, demokratischen und pazifistischen Gesinnung ein Hehl gemacht hatte, war einer der ersten, der zum Nationalsozialismus, sobald dieser zur Macht gelangt war, mit deutlichen Bekundungen überging.«¹¹ Weisbach schilderte auch als einziger in seinen Erinnerungen, dass Brinckmann seinem Vorgänger verboten habe, seine Bücher und anderes Eigentum aus seinem Arbeitszimmer zu holen, als ihm die Genehmigung, die er nach seiner Emeritierung 1929 erhalten hatte, ein Zimmer im Aulagebäude der Universität zu benutzen, 1933 entzogen wurde.¹² Goldschmidt geht in seinen Erinnerungen auch auf diesen demütigenden Vorfall ein, nennt aber keinen Namen.¹³

7 Weisbach 1956.

8 Feist 2007b, S. 487–490.

9 Weisbach 1956, S. 331.

10 Ebd., S. 333.

11 Ebd., S. 334.

12 Ebd., S. 335.

13 Goldschmidt 1989, S. 397 und 398.



3 Adolph Goldschmidt an seinem 80. Geburtstag in Basel bei Dr. Tobias Christ.

Mitte Januar 1933 hatte Adolph Goldschmidt (1863–1944) (Abb. 3) zu seinem siebzigsten Geburtstag viele offizielle Ehrungen erhalten, aber bereits kurze Zeit später, nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten, galt er als »rassisch« stigmatisiert, und deshalb zogen einige seiner Schüler ihre Beiträge zu seiner Festschrift zurück.¹⁴ Schon am 11. Januar, vier Tage vor Goldschmidts Geburtstag, hatte der Gauamtsleiter der NSDAP und Mitglied des preußischen Landtags, Hans Richter, einen unflätigen Artikel im »Völkischen Beobachter« mit dem unverschämten Titel »In memoriam Prof. Adolf Goldschmidt« veröffentlicht. Goldschmidt wird in einer unerträglichen Sprache als »charakterschwacher Spezialgelehrter« bezeichnet. Seine Empfehlungen hätten seinen Schülern, der »Goldschmidtclique«, darunter Juden und Halbjuden, einflussreiche Stellen verschafft. So konnten sie den staatlichen Kunstbetrieb »durchseuchen«.¹⁵ Die staatlichen Ehrungen zu seinem Geburtstag, die vielen anerkennenden Zuschriften scheinen diese schimpflichen Äußerungen für Goldschmidt überdeckt zu haben, denn in seinen Erinnerungen erwähnt er sie nicht.

Albert Erich Brinckmann verbreitete nach eigenen Angaben einen »neuen Geist« am Institut, der es den Goldschmidtschülern schwer machte, sich weiter zu entwickeln.¹⁶ Kurt Weitzmann (1904–1993), dessen Dissertation über byzantinische Rosettenkästen Goldschmidt in

¹⁴ Ebd., 341–342.

¹⁵ Zit. n. Brands 2007, S. 226.

¹⁶ Arend 2003, S. 127.

seinen Elfenbein-Corpus aufgenommen hatte, konnte nicht bei Brinckmann habilitieren, weil dieser das mit den Worten »Ihre Qualifikationen interessieren mich nicht, ich will hier keinen Schüler von Goldschmidt haben« ablehnte.¹⁷ Weitzmann hatte sich der nationalsozialistischen Schulung für Dozenten entzogen und war auch deshalb für Brinckmann nicht tragbar. So verbanden sich bei Brinckmann die Ablehnung der Methoden seines Vorgängers mit der Abneigung der Universitätsangehörigen, die wie Weitzmann dem Nationalsozialismus kritisch gegenüberstanden. Weitzmann emigrierte 1935 in die USA. Er nahm ein Angebot aus Princeton an, wo er von 1950 bis 1972 als Professor lehrte. Obwohl er aus Überzeugung Deutschland verlassen hatte, suchte er nach 1945 die Verbindung zu deutschen Fachkollegen und vererbte seine Bibliothek dem Kunsthistorischen Institut der Freien Universität in Berlin.¹⁸

Mit der Entlassung Weisbachs 1933 war das Verbot verbunden, Universitätsinstitute zu betreten oder deren Bibliotheken zu benutzen. Durch seine Mitgliedschaft in der Mittwochsgesellschaft – einer Versammlung sich regelmäßig treffender Gelehrter und Politiker – konnten Teilnehmer derselben Ausnahmegenehmigungen für ihn erwirken.¹⁹ So durfte Weisbach durch die Fürsprache des preußischen Finanzministers Dr. Johannes Popitz die Universitätsbibliothek weiterhin benutzen, und der namhafte Kirchenhistoriker und Direktor des Seminars für Christliche Archäologie Professor Hans Lietzmann gestattete ihm, in dessen umfangreicher Seminarbibliothek zu arbeiten. Aber auch in der Mittwochsgesellschaft bemerkte Weisbach nach und nach den immer größer werdenden Zwiespalt seiner Kollegen zwischen ihrem privaten und öffentlichen Verhalten. Als er sie von der Ablehnung, in den Reichsverband Deutscher Schriftsteller aufgenommen zu werden, informierte, wird das in den sehr unterschiedlichen Antworten deutlich. Sie reichten von empörtem Mitgefühl bis hin zu beschwichtigenden Worten oder gar Unverständnis. Weisbach hatte 1933 eine Eingabe verfasst und bekam am 28. Februar 1935 den abweisenden Bescheid, dass ihm als »Nichtarier« keine Veröffentlichung schriftstellerischer Arbeiten innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Reichsschrifttumskammer erlaubt sei.²⁰ Auch im privaten Leben wurden die Einschränkungen durch die Verbote, öffentliche Einrichtungen wie Bibliotheken, Theater, Bäder, Hotels zu besuchen immer bedrückender. Weisbach ertrug die Demütigungen, die im Jahr 1935 durch ständig neue Gesetze und Verordnungen sein Leben immer bedrohlicher einengten, nicht länger und verließ Deutschland im Dezember.²¹ Unterstützung und Hilfe erhielt Weisbach von dem schweizerischen Burckhardt-Biografen Werner Kaegi, der Weisbach seit den 1920er Jahren kannte. Er schätzte an dessen Veröffentlichungen die Verbindung von künstlerischen Erscheinungen mit gesellschaftlichen, geistesgeschichtlichen und kulturellen Entwicklungen. Das erinnerte ihn an Jacob Burckhardt, und so war Kaegi Weisbach bei dessen Ausreise nach Basel, wo er selbst an die Universität als Ordinarius im Jahre 1935 berufen worden war, behilflich.²²

17 Weitzmann 1985, S. 28.

18 Feist 2007c, S. 493.

19 Zur Mittwochsgesellschaft siehe das Standardwerk Scholder 1982.

20 Zu diesen Geschehnissen siehe Weisbach 1956, S. 348, 353, 365–366, 376–381.

21 Ebd., S. 388.

22 Ebd., S. 304 und 385.

Auch Goldschmidt verschlug es Jahre später nach Basel. In eingeschränktem Maße hatte er noch am öffentlichen Leben teilgenommen. So hielt er zum Tode Max Liebermanns 1935 eine »menschlich bedeutende und ergreifende Gedenkrede«.²³ Seine Auslandsreisen – 1936 in die USA, 1938 nach England – gaben ihm die Möglichkeit, dem alltäglichen Druck in Deutschland zeitweise zu entfliehen. Seine tiefe Verwurzelung im geistigen Leben seiner Heimat ließ ihn auch alle Einladungen, in den USA zu bleiben, ablehnen, obwohl ihm dort ein großes Wohlfühlen – in Harvard erhielt er die Ehrendoktorwürde – entgegengebracht wurde. Um so härter traf ihn nach seiner Rückkehr das Verbot, keine Bibliothek mehr benutzen und kein Museum mehr betreten zu dürfen sowie die Sorge, seine Wohnung demnächst aufgeben zu müssen, und so reifte allmählich der Entschluss, Deutschland zu verlassen.²⁴ Am bittersten schmerzte ihn das Ausscheiden aus der Preußischen Akademie der Wissenschaften, der er seit 1914 angehört hatte. Max Planck bat ihn auf Veranlassung des Ministers, selbst den Austritt zu erklären und drückte ihm dabei sein Bedauern über den Vorgang aus.²⁵ Bei der Deutschen Akademie in München, in der er Mitglied des Kunsthistorischen Ausschusses war, kam er ebenfalls dem Ausschluss mit einer Kündigung zuvor.²⁶ Die das Leben ständig erschwerenden, bedrohlichen antisemitischen Maßnahmen bis hin zur Pogromnacht am 9. November 1938 bedrängten ihn sehr. Mit Hilfe des Kunstsammlers Robert von Hirsch, der schon viel früher nach Basel emigriert war, konnte er im April 1939 dorthin ausreisen, mit dem Ziel in die USA zu gelangen. Durch ein Missgeschick lief sein Einreisevisum ab, bevor er es bemerkte, und so blieb Basel seine Exilheimat.²⁷

Schon 1933 hatten außer Werner Weisbach auch Oskar Fischel (1870–1939) und Alfred Neumeyer (1901–1973) die Universität verlassen müssen. Fischel war seit dem Wintersemester 1926 als nicht beamteter außerordentlicher Professor am Kunstgeschichtlichen Seminar in Berlin tätig. Er lehrte Neuere Kunstgeschichte, vor allem Kostümkunde und Theatergeschichte. Außerdem hatte er einen Lehrauftrag an der Staatlichen Kunstschule, die als eine akademische Lehranstalt für das künstlerische Lehramt diente. 1931 wurde er mit der Leitung des Kunstgeschichtlichen Seminars betraut, weil Weisbach, der die Leitung nach Goldschmidts Emeritierung 1929 übernommen hatte, ein Freisemester erhielt. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wurde bei Fischel und Weisbach sofort angewendet. Beide erteilte schon im Sommersemester das Verbot, Lehrveranstaltungen zu halten, bevor sie ihre endgültige Entlassung zum Wintersemester 1933/34 erhielten.

Neumeyer war ebenfalls jüdischer Abstammung, besaß aber als Privatdozent (seit 1931) keinen Beamtenstatus, dennoch wollte man das Gesetz auch auf seine Person anwenden. Allerdings kam ihm der Umstand zu Hilfe, dass er als Angehöriger des Freikorps Epp an der Niederschlagung kommunistischer Aufstände in München und im Ruhrgebiet nach dem Ersten Weltkrieg mitgewirkt hatte,²⁸ sodass er seine Lehrtätigkeit im Oktober 1933 wieder aufnehmen

23 Feist 1975, S. 17; Goldschmidt 1954.

24 Vgl. Goldschmidt 1989, S. 398.

25 Ebd., S. 395.

26 Ebd., S. 396.

27 Ebd., S. 416; siehe auch Meier 2007.

28 Schaeff 2003, S. 90.

durfte. Dies nahmen Studenten zum Anlass, um sich deswegen beim Erziehungsminister Rust zu beschweren. Es dürfe nicht erlaubt sein, »einen jüdischen Dozenten über Dürer, Grünewald usw. an der größten deutschen Hochschule zu deutschen Studenten reden zu lassen.«²⁹ Dennoch konnte Neumeyer seine Vorlesungen und Übungen in den folgenden Semestern fortsetzen, weil der studentische Protest vom Ministerium mit dem Hinweis auf das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums zurückgewiesen worden war. Später schrieb Neumeyer in seinen Erinnerungen, dass es nur selten Störungen durch nationalsozialistisch gesinnte Studenten in seinen Lehrveranstaltungen gab.³⁰ Mit der Einführung des Reichsbürgergesetzes 1935, dessen erste Durchführungsverordnung die Ausnahmebestimmungen des Berufsbeamtengesetzes aufhob, verschlechterte sich die Situation der jüdischen Hochschulangestellten wiederum. Im Zusammenhang mit diesem Gesetz verlangte der Verwaltungsdirektor der Universität noch einmal Abstammungsnachweise. Dies führte bei Alfred Neumeyer wegen seiner jüdischen Herkunft im Wintersemester zur Beurlaubung und am 21.12.1935 zum Entzug der Lehrerlaubnis. Dass es dazu kommen würde, hatte er schon länger geahnt und sich deswegen bereits im Winter 1934/35 in Paris und Brüssel nach beruflichen Perspektiven umgesehen, ohne irgendwelche Möglichkeiten für sich zu entdecken. So wandte er sich an den Academic Assistance Council in London und mit Hilfe von Walter Heil, den er aus Florenz kannte und der inzwischen Direktor des De Young Memorial Museums in San Francisco war, erhielt er eine Stelle als Lecturer am Mills College in Oakland in Kalifornien. Neumeyer konnte mit seiner Familie über Amsterdam, London und Kanada in die USA ausreisen. Er war Professor an verschiedenen kalifornischen Universitäten, wie Berkeley, Los Angeles und Stanford und beteiligte sich mit Beiträgen an Exilzeitschriften in Zürich und Santiago de Chile.³¹ Vielseitig begabt war er schon in Deutschland schriftstellerisch hervorgetreten. Im Januar 1933 hatte er mit seinem Drama »Die Herde sucht« sogar einen Skandal herauf beschworen, weil dessen Ausgang als »sozialistisch« angesehen wurde.³² 1930 bis 1933 hatte er die Pressestelle der Staatlichen Museen zu Berlin geleitet. Zwei Italienaufenthalte 1925/26 am Kunsthistorischen Institut in Florenz und 1928/29 an der Bibliotheca Hertziana in Rom ermöglichten Neumeyer eine Beschäftigung mit der italienischen Kunst, die er den Studenten in den Lehrveranstaltungen auf Grund eigener Anschauung nahe bringen konnte. Schwerpunkte seiner Lehre in Berlin waren die italienische Renaissance und die neuzeitliche deutsche Kunst gewesen. Seine Dissertation hatte er 1928 bei Goldschmidt über »Die Erweckung der Gotik in der deutschen Kunst des späten 18. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Romantik« abgegeben, ebenso seine Habilitationsarbeit 1931 über »Johann Anton Ramboux, sein Leben und Werk. Die präaffaeli-

29 Schreiben der Studentenschaft der Friedrich-Wilhelms-Universität an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Dr. Bernhard Rust (hs. gez. Hugo von Hader, Führer der Studentenschaft), in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA Rep. 78 Va, Sekt. 2 Tit. IV, Nr. 51, Bd. 24, Bl. 242. Zit. n. Schaeff 2003, S. 91.

30 Neumeyer 1967, S. 281–282.

31 Wendland 1999, Bd. 2, S. 459.

32 Neumeyer 1967, S. 265, 275–280.

tische Kunstrichtung im Rahmen der Formgeschichte des 19. Jahrhunderts«. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm er Gastprofessuren an der Freien Universität in Berlin und an der Universität in Heidelberg wahr.³³

Nachdem 1933 dem Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums und 1935 dem Reichsbürgergesetz folgend, jüdische Mitarbeiter des Instituts entlassen worden waren, nutzte man 1937 die Reichshabilitationsordnung vom 13.12.1934, um sie gegen unerwünschte Mitarbeiter anzuwenden. Sie bot die Möglichkeit, um weiteren jüdischen Hochschullehrern die Lehrbefugnis wegnehmen zu können. Der § 18 besagt, dass der Reichsminister die Lehrbefugnis einziehen oder einschränken könne, wenn es im Universitätsinteresse geboten sei. Und das wurde so interpretiert, dass alle, die mit Ehegatten jüdischer Herkunft verheiratet waren, an der Universität nicht mehr weiter arbeiten durften, weil sie als »jüdisch versippt« galten.³⁴

Das betraf auch den außerordentlichen Professor Edmund Hildebrandt (1872–1939), der langjähriger Assistent (1901–1926 und 1926–1930, ab 1927 Oberassistent) am Berliner Institut war. Er hatte bei Herman Grimm 1898 über »Friedrich Tieck. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Plastik im Zeitalter Goethes und der Romantik« promoviert und 1908 bei Heinrich Wölfflin über Leben, Werk und Schriften des Bildhauers E.M. Falconet habilitiert. Schon 1912 hatte er Wölfflin am Berliner Institut vertreten, und seit 1917 einen Lehrauftrag für Neuere Kunstgeschichte wahrgenommen. Davor war er von 1908 bis 1917 als Privatdozent am Berliner Institut tätig gewesen. Er hatte sich vor allem mit der italienischen Renaissance beschäftigt und in der Lehre die Verbindung von Theater und Bildender Kunst vertreten. Seiner fast dreißigjährigen Arbeit mit den Studenten wurde mit dem Entzug der Lehrerlaubnis vom 26.6.1937 ein Ende gesetzt und mit Beginn des Wintersemesters 1937/38 wurden die Zahlungen für ihn eingestellt. Noch im Frühjahr 1937 hatte Hildebrandt einen von Pinder befürworteten Antrag gestellt, in dem er darum bat, seinen Lehrauftrag über das 65. Lebensjahr hinaus zu verlängern, dem auch entsprochen wurde. Er starb am 13. Januar 1939, seine Witwe konnte im Juli 1939 nach Manchester emigrieren.³⁵

Auch Leopold Giese (1888–1968) wurde am 17.6.1937 die Lehrbefugnis entzogen. Er hatte bei Richard Borrmann an der Technischen Hochschule Charlottenburg 1917 über »Die Friedrich-Werdersche Kirche zu Berlin und Friedrich Schinkel« zum Dr. ing. und bei Goldschmidt 1921 über »Die mittelalterlichen Stadtkirchen Goslars« zum Dr. phil. promoviert. Habilitiert hatte er ebenfalls bei Goldschmidt über »Die Lettnertypen im Deutschland des 11., 12. und 13. Jahrhunderts«. Er war seit 1924 als Privatdozent und ab 1932 als außerordentlicher Professor am Kunstgeschichtlichen Institut beschäftigt. Als Architekt und Kunsthistoriker hatte er in der Lehre vor allem die Baugeschichte vertreten. Durch seine Entlassung war er völlig mittellos, und Pinder versuchte einen Antrag auf Unterhaltsrente zu stellen, wobei er sich sehr widersprüchlich ausdrückte, um einerseits Giese durch Lob zu helfen, andererseits sich selbst zu schützen, indem er behauptete, von dessen »nicht arischer« Ehefrau erst spät erfahren zu haben. Immerhin bewirkte das Schreiben des Lehrstuhlinhabers, dass Giese eine einmalige

33 Feist 2007a, S. 303–305.

34 Schaeff 2003, S. 97.

35 Ebd., S. 98, bes. Anm. 563.

Unterstützungszahlung in Höhe von 1200 Reichsmark erhielt.³⁶ Er blieb in Berlin und trennte sich nicht von seiner Frau. Aber seine berufliche Karriere war zerstört. Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erhielt er keine ordentliche Professur, obwohl er noch vom 1.8.1945 bis zum 31.8.1953 als außerplanmäßiger Professor am Kunsthistorischen Institut der Berliner Universität lehrte.

Durch die Entlassung von langjährigen Dozenten wurde die Lehre stark beeinträchtigt. Ganze Themenbereiche wie z. B. Renaissance (Fischel, Hildebrandt, Neumeyer), Barock (Weisbach) oder Architekturgeschichte (Giese) fielen erst einmal aus. Auch Oskar Wulff (1864–1946), der sich der byzantinischen und osteuropäischen Kunst gewidmet hatte, wurde 1935 die Lehrbefugnis entzogen. Mit Unterbrechungen hatte er als außerordentlicher Professor seit 1917 an der Berliner Universität gelehrt.³⁷

Die Habilitationsverordnungen von 1934 und erst recht die von 1939 verlangten die Beantwortung von ausführlichen Fragebögen und die Vorlage von Ahnenpässen, sodass Antragsteller jüdischer Herkunft von vornherein ausgeschlossen waren. Nach der neuen Reichshabilitationsordnung von 1939 mussten alle schon angestellten Privatdozenten und außerordentlichen Professoren bis zum 1.10.1939 einen Antrag auf Ernennung zum »Dozenten neuer Ordnung« bzw. zum »außerplanmäßigen Professor« stellen, sonst drohte ihnen der Entzug der Lehrbefugnis. Schon die erste Reichshabilitationsordnung hatte 1934 entscheidende Veränderungen gebracht.³⁸ Die Habilitation wurde von der Erteilung eines Lehrauftrags an der entsprechenden Universität getrennt, während davor die Bewerber nach der Habilitation sofort in den Lehrkörper der philosophischen Fakultät integriert werden konnten. Hinzu kamen zusätzliche Prüfverfahren und neue Kontrollmöglichkeiten durch die Dozentenführung und das Erziehungsministerium. Auch wenn diese beiden Institutionen längst nicht immer in laufende Verfahren eingriffen, waren doch alle Beteiligten einem Gefühl der allseitigen Kontrolle ausgesetzt.

Die Entlassung von Dozenten führte nicht nur zu Einschränkungen im Vorlesungsbetrieb des Kunstgeschichtlichen Instituts, sondern auch zu einer Themenverengung. Spätestens 1935, mit dem Ordinariat von Wilhelm Pinder, ist die Tendenz festzustellen, sich vermehrt mit deutscher Kunst zu beschäftigen. Weder der Lehrstuhlinhaber noch andere Institutsangehörige erhoben Einspruch gegen die Entlassung der jüdischen Mitarbeiter. Dieses Verhalten beruhte vermutlich auf der Auslegung des Kommentars zum Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom April 1933. Dieser stellte die dort genannten Maßnahmen als zeitlich begrenzt dar. Die Folgen für die Betroffenen schienen zumutbar. Sie wurden erst einmal beurlaubt und dann pensioniert. Das Ziel, »ein beruhigtes, auf Leistung und Fachkenntnis aufgebautes, homogenes Beamtentum« zu schaffen, das der Staatssekretär im preußischen Ministerium des Innern Ludwig Grauert im Beiblatt der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 19. April 1933 mit diesen Worten kommentiert hatte, wurde akzeptiert.³⁹ Man bemühte sich um Ersatz der Ausgeschlossenen, um den Lehrbetrieb in gewohnter Breite aufrechtzuerhalten und nutzte

36 Ebd., S. 98 und 99.

37 Feist 2007d, S. 529.

38 Schaeff 2003, S. 28 und 29.

39 Dilly 1988, S. 32.

die eigenen Vorteile, die sich durch den Weggang der Kollegen ergaben. Die Vertreibung jüdischer Wissenschaftler verursachte bei den Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen großen Schaden. Ganze Wissenschaftsgebiete wurden lahmgelegt und nach 1945 konnte man nicht mehr da anknüpfen, wo die Vertreibung das akademische Leben unterbrochen hatte. Der Fortgang vieler Gelehrter stellte einen großen Verlust für die deutsche Wissenschaftslandschaft dar. Das gilt auch und gerade für die Kunstgeschichte in Berlin. Das größte kunsthistorische Institut Deutschlands konnte die Vertreibung seiner Mitarbeiter jüdischer Herkunft, die gerade aus ihrer Tradition und Geschichte einen weiten Blick auf europäische und deutsche Kunstentwicklungen hatten und sich ihr auf besondere Weise verbunden fühlten, nicht kompensieren.

Abkürzung

RGBL. = Reichsgesetzblatt

Literatur

- Arend, Sabine: Albert Erich Brinckmann. Kunsthistoriker im Nationalsozialismus. Masterarbeit, Humboldt-Universität. Berlin 2001.
- Arend, Sabine: Albert Erich Brinckmann. In: Held, Jutta (Hg.): Kunstgeschichte an den Universitäten im Nationalsozialismus. Göttingen 2003, S. 123–142 (Kunst und Politik, Bd. 5).
- Brands, Gunnar: »...regarded here as Cultus Ministerium.« Adolph Goldschmidt und Amerika. In: Brands, Gunnar/Dilly, Heinrich (Hg.): Adolph Goldschmidt (1863–1944). Normal Art History im 20. Jahrhundert. Weimar 2007, S. 209–245.
- Dilly, Heinrich: Deutsche Kunsthistoriker 1933–1945. München und Berlin 1988 (Kunstgeschichte der Gegenwart).
- Feist, Peter H.: Hundert Jahre nach Herman Grimm, dreißig Jahre seit der Befreiung vom Faschismus. Die Entwicklung der Kunstwissenschaft an der Berliner Universität 1875–1975. In: Künstlerisches und kunstwissenschaftliches Erbe als Gegenwartsaufgabe. Referat der Arbeitstagung vom 16.–18.4.1975. Bd. 1. Hg. von der Abteilung Dokumentation und Information der Sektion und Ästhetik und Kunstwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin 1975, S. 1–38.
- Feist, Peter H.: Neumeyer, Alfred. In: Metzler-Kunsthistoriker-Lexikon. Zweihundert Porträts deutschsprachiger Autoren aus vier Jahrhunderten. Hg. von Peter Bethausen, Peter H. Feist und Christiane Fork. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Stuttgart und Weimar 2007, S. 303–305. [Feist 2007a]
- Feist, Peter H.: Weisbach, Werner. In: Metzler-Kunsthistoriker-Lexikon. Zweihundert Porträts deutschsprachiger Autoren aus vier Jahrhunderten. Hg. von Peter Bethausen, Peter H. Feist und Christiane Fork. 2., aktualisierte und erweiterte Aufl. Stuttgart und Weimar 2007, S. 487–490. [Feist 2007b]
- Feist, Peter H.: Weitzmann, Kurt. In: Metzler-Kunsthistoriker-Lexikon. Zweihundert Porträts deutschsprachiger Autoren aus vier Jahrhunderten. Hg. von Peter Bethausen, Peter H. Feist und Christiane Fork. 2., aktualisierte und erweiterte Aufl. Stuttgart und Weimar 2007, S. 493–495. [Feist 2007c]
- Feist, Peter H.: Wulff, Oskar. In: Metzler-Kunsthistoriker-Lexikon. Zweihundert Porträts deutschsprachiger Autoren aus vier Jahrhunderten. Hg. von Peter Bethausen, Peter H. Feist und Christiane Fork. 2., aktualisierte und erweiterte Aufl. Stuttgart und Weimar 2007, S. 528–532. [Feist 2007d]
- Fijal, Andreas: Die Rechtsgrundlagen der Entpflichtung jüdischer und politisch missliebiger Hochschullehrer nach 1933 sowie des Umbaus der Universitäten im nationalsozialistischen Sinne. In: Fischer, Wolfram u. a. (Hg.): Exodus von Wissenschaften aus Berlin. Berlin und New York 1994, S. 101–115.
- Goldschmidt, Adolph: Gedenkrede auf Max Liebermann: 1935. Hg. von Carl G. Heise. Hamburg-Wandsbek 1954.
- Goldschmidt, Adolph: Lebenserinnerungen 1863–1944. Hg. und kommentiert von Marie Roosen-Runge-Mollwo. Berlin 1989.

- Meier, Nikolaus: Adolph Goldschmidt im Basler Exil. Ein Stück tragischer Wissenschaftsgeschichte. In: Brands, Gunnar / Dilly, Heinrich (Hg.): Adolph Goldschmidt (1863–1944). Normal Art History im 20. Jahrhundert. Weimar 2007, S. 247–273.
- Neumeyer, Alfred: Lichter und Schatten. Eine Jugend in Deutschland. München 1967.
- Schaeff, Sandra: Zwischen Karriere, Konkurrenz und Krieg. Der akademische Nachwuchs am Kunstgeschichtlichen Institut der Universität Berlin zur Zeit des Nationalsozialismus. Masterarbeit, Humboldt-Universität. Berlin 2003.
- Schöttler, Peter: Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte oder Die »unhörbare Stimme des Blutes«. In: Schulze, Winfried / Oexle, Otto G. (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. 4. Aufl. Frankfurt a. M. 2000, S. 89–113.
- Scholder, Klaus (Hg.): Die Mittwochsgesellschaft. Protokolle aus dem geistigen Deutschland 1932 bis 1944. Berlin 1982.
- Weisbach, Werner: Geist und Gewalt. Wien und München 1956.
- Weitzmann, Kurt: Adolph Goldschmidt und die Berliner Kunstgeschichte. Berlin 1985.
- Wendland, Ulrike: Biographisches Handbuch deutschsprachiger Kunsthistoriker im Exil. Leben und Werk der unter dem Nationalsozialismus verfolgten und vertriebenen Wissenschaftler. 2 Bde. München 1999.

Abbildungsnachweis

- 1 Foto: Irmtraud Thierse.
- 2 Aus: Weisbach 1956, zwischen S. 8 und 9.
- 3 Aus: Goldschmidt 1989, S. 431, Abb. 39.